Aus dem Werkausschuss

Am 14.02.2017 fand in Jünkerath, im Sitzungssaal Rathaus, unter Vorsitz von der 1. Beigeordneten Melitta Gray in Vertretung für Bürgermeisterin Diane Schmitz eine öffentliche Sitzung des Werkausschusses der Verbandsgemeinde Obere Kyll statt.

Aus der öffentlichen Sitzung:

Feststellung der Jahresabschlüsse der Verbandsgemeindewerke zum 31.12.2015 - Betriebszweig Abwasserbeseitigung

Sachverhalt:

Der Jahresabschluss 2015 der Verbandsgemeindewerke Obere Kyll für den Betriebszweig Wasserversorgung wurde durch den beauftragten Wirtschaftsprüfer Heinrichs & Partner Treuhand GmbH, Trier, geprüft.

Der Prüfbericht enthält den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers.

Die Bilanz des Betriebszweiges Wasserversorgung schließt zum 31.12.2015 auf der Aktiv- und Passivseite mit einer Bilanzsumme von 24.056.888,40 € ab. Die Jahreserfolgsrechnung 2015 weist einen Jahresfehlbetrag von 63.983,87 € aus.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung empfiehlt der Werkausschuss dem Verbandsgemeinderat, den Jahresabschluss des Betriebszweiges Wasserversorgung zum 31.12.2016 wie vorgelegt festzustellen. Der Jahresfehlbetrag von 63.983,87 € soll aus der allgemeinen Rücklage abgedeckt werden.

Vorstellung der Studie "Zukünftige Behandlung und Verwertung der Klärschlämme in der Region Trier"

Sachverhalt:

Die unter erheblicher finanzieller Unterstützung des Umweltministeriums (90% Zuschuss) zwischenzeitlich zum Abschluss gebrachte Studie, bzw. deren Ergebnisse sollen in den Werkausschüssen der Teilnehmer vorgetragen werden. Die Studie wurde von der Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus den Büros Berg aus Aachen und der WiW (Wupperverbandsgesellschaft für integrale Wasserwirtschaft) aus Wuppertal erarbeitet. Herr Berg, Ing.-Büro Berg, Aachen, erläuterte die Ergebnisse der erstellten Studie.

Der größte Anteil des Klärschlammes in der Region Trier fällt aufgrund der dichteren Besiedlung entlang des Moseltals und der Wittlicher Senke an. Etwa 80% der Gesamtschlammmenge von rd. 12.500 Jahrestonnen (trockener Schlamm) sind dort zu verzeichnen.

Die Studie zeigt u. a. auf, dass es mehrere technische Möglichkeiten zur thermischen Behandlung des Klärschlammes gibt. Interessant sind, bezogen auf die klassische Monoverbrennung im Wirbelschichtverfahren, die neueren technischen Lösungen bereits deswegen, weil damit die Möglichkeit besteht, kleinteiligere Anlagen erforderlichenfalls gestaffelt auch an verschiedenen Standorten zu installieren. Je nach Anlagentyp ist noch zu bestimmen, ob und inwieweit die anfallenden Rückstände verwertet werden können oder – zur späteren Rückgewinnung von Phosphor - zwischenzeitig deponiert werden müssen.

Von besonderem Interesse ist für eine solche Anlage der Standort Mertesdorf. Hier können mit den geplanten Maßnahmen der ART (Rotte für Grünschnitt) Synergien hauptsächlich im Energiebereich (Wärme/Strom) gehoben werden. Zudem bietet der Standort bereits hinsichtlich der gegebenen Infrastruktur markante Vorteile.

Es sind allerdings noch einige Fragen zu klären, z. B. aus betriebswirtschaftlicher, organisatorischer Sicht, Standortfrage der thermischen Verwertungsanlage(n), Entwässerung und Trocknung des Schlammes, Phosphorrecycling etc. Hierzu hat das Land ebenfalls finanzielle Unterstützung zugesagt.

Beschluss:

Der Werkausschuss bekundet ein grundsätzliches Interesse, sich an der weiteren Entwicklung der geplanten interkommunalen Zusammenarbeit zu beteiligen und bittet darum, über Zwischenergebnisse der Studie informiert zu werden, um das weitere Vorgehen zu beraten und beschließen.

Erneuerung der Zufahrt zu der Kläranlage Obere Kyll in Lissendorf

Sachverhalt:

Die Zuwegung zu der Kläranlage in Lissendorf soll aus Gründen der Verkehrssicherheit im Bereich des ehemaligen Bahndammes neu angelegt werden. Die Planung wurde im Werkausschuss in der Sitzung am 19.03.2016 vorgestellt. Hierbei wurde auch darüber diskutiert, ob nicht der zuführende Wirtschaftsweg bis Nähe Bahnbrücke im Zuge dieser Maßnahme durch Aufbringung einer neuen Tragdeckschicht saniert werden sollte, da er sich in einem teilweise abgenutzten Zustand befindet. Daher sollten zunächst Finanzierungsmöglichkeiten zur Sanierung des Wirtschaftsweges geprüft werden.

Fördermöglichkeiten für den Ausbau dieses Wirtschaftsweges sind nach fernmündlicher Auskunft des DLR nicht gegeben, da dieser nicht gemarkungsübergreifend, also kein Verbindungsweg ist. Der Ausbau/Unterhaltung des Wirtschaftsweges liegt in der Zuständigkeit der Ortsgemeinde Lissendorf. Diese hat entschieden, sich nicht an den Kosten zu beteiligen. Daher kommt auch keine Sanierung des Wirtschaftsweges in Betracht.

Beschluss:

Der Werkausschuss beschließt den Umbau der Zuwegung zum Klärwerk am Bahndamm wie in der Genehmigungsplanung enthalten, durchzuführen. Es soll eine Ausschreibung der Bauarbeiten erfolgen.

Die Zuwegung zu der Kläranlage in Lissendorf soll aus Gründen der Verkehrssicherheit im Bereich des ehemaligen Bahndammes neu angelegt werden. Die Planung wurde im Werkausschuss in der Sitzung am 19.03.2016 vorgestellt. Hierbei wurde auch darüber diskutiert, ob nicht der zuführende Wirtschaftsweg bis Nähe Bahnbrücke im Zuge dieser Maßnahme durch Aufbringung einer neuen Tragdeckschicht saniert werden sollte, da er sich in einem teilweise abgenutzten Zustand befindet. Daher sollten zunächst Finanzierungsmöglichkeiten zur Sanierung des Wirtschaftsweges geprüft werden.

Fördermöglichkeiten für den Ausbau dieses Wirtschaftsweges sind nach fernmündlicher Auskunft des DLR nicht gegeben, da dieser nicht gemarkungsübergreifend, also kein Verbindungsweg ist. Der Ausbau/Unterhaltung des Wirtschaftsweges liegt in der Zuständigkeit der Ortsgemeinde Lissendorf. Diese hat entschieden sich nicht an den Kosten zu beteiligen. Daher kommt auch keine Sanierung des Wirtschaftsweges in Betracht.

Der Werkausschuss beschließt den Umbau der Zuwegung zum Klärwerk am Bahndamm wie in der Genehmigungsplanung enthalten, durchzuführen. Es soll eine Ausschreibung der Bauarbeiten erfolgen.

Bestellung eines Abschlussprüfers für das Jahr 2016

Sachverhalt:

Der Jahresabschluss und der Lagebericht von Eigenbetrieben sind jährlich gemäß § 89 Abs. 1 GemO durch sachverständige Abschlussprüfer zu prüfen. Der Abschlussprüfer ist vom Verbandsgemeinderat zu bestellen.

Grds. scheint es angebracht bei Kenntnis über die Durchführung der Kommunalreform die Mittelrheinische Treuhand GmbH, Koblenz, zu beauftragen, da die im Zuge der Kommunalreform übernehmenden Verbandsgemeinden diese Gesellschaft mit ihren Abschlussprüfungen beauftragt haben.

Da jedoch vorerst noch nicht sicher ist, dass ein neues Gesetz über die Kommunalreform verabschiedet wird, wird vorgeschlagen, eine Beauftragung an die bisher prüfende Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Heinrichs & Partner Treuhand GmbH, Trier/Bitburg für das Wirtschaftsjahr 2016 vorzunehmen.

Beschluss:

Der Werkausschuss empfiehlt dem Verbandsgemeinderat, mit den Abschlussprüfungen für das Wirtschaftsjahr 2016 (Betriebszweige Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung) die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Heinrichs & Partner Treuhand GmbH, Trier/Bitburg, zu bestellen.

Neufassung der Verträge zur Regelung der Mitbenutzungsverhältnisse von Gemeindestraßen, -wegen und -plätzen

Sachverhalt:

Die in 2008 geschlossenen Verträge zur Regelung der Mitbenutzungsverhältnisse von Gemeindestraßen, -wegen und -plätzen durch Leitungen und Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung mit den Ortsgemeinden sollen an das neue Vertragsmuster des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz angepasst werden.

Das bezieht sich auf die bestehende Regelung zu § 4 Abs. 5 des Vertrages zur Kostenbeteiligung der VG-Werke an der Straßenwiederherstellung bei Gemeinschaftsmaßnahmen bei Gemeindestraßen mit den Verbandsgemeindewerken. Nach der neuen Regelung in der Mustersatzung wird die Kostenbeteiligung nunmehr pauschal geleistet pro lfdm und Breite des Leitungsgrabens in Anlehnung an die Regelung mit dem Landesbetrieb Mobilität für die klassifizierten Straßenbaulastträger.

In § 16 des Vertrages wird eine neue Kostenbeteiligung der Ortsgemeinden für den Straßenentwässerungsanteil von Gemeindestraßen für die Erneuerung oder Sanierung der Kanalisation eingefügt, die bislang nur für die Ersterstellung geregelt war. Diese Regelung dient dem Ausgleich von Finanzierungslücken der Ortsgemeinden bei den Kostenanteilen an der Straßenentwässerung, an dem der Anteil an der Kanalisation mit in den Ausbaubeiträgen für Verkehrsanlagen oder bei Förderungen an Straßenbaumaßnahmen hinsichtlich des Gemeindeanteils mitberücksichtigt werden kann. Diese von den Ortsgemeinden gezahlten Kostenanteile fließen als Ertragszuschüsse, die jährlich über die Kostenrechnung der laufenden Unterhaltskosten der Straßenoberflächenentwässerung abgerechnet werden, kostenmindernd ein. Der Beitragssatz wurde entsprechend dem Vertragsmuster getrennt ermittelt für die Erneuerung in offener Bauweise in Höhe von 9,68 € pro m² entwässerter Verkehrsfläche, bei grabenloser Kanalsanierung in Höhe von 6,98 € pro m² entwässerter Verkehrsfläche.

Beschluss:

Der Werkausschuss empfiehlt dem Verbandsgemeinderat die neue Fassung des Vertrages zu den Regelungen der Mitbenutzungsverhältnissen von Gemeindestraßen, -wegen und -plätzen zu beschließen.

Auftragsvergabe zur Erneuerung von Kanal- und Wasserleitungen in den Ortsstraßen "Römerstraße" und "Im Langenbaar" in Lissendorf

Sachverhalt:

Der Werkausschuss hat in der Sitzung vom 16.11.2016 beschlossen entsprechend der erstellten Planung des Ingenieurbüros Linscheid Ingenieure GmbH, Schleiden, die Kanal- und Wasserleitungen im Zuge des Ausbaus der Ortsstraßen „Römerstraße“ und „Im Langenbaar“ in Lissendorf im Bestand auszubauen. Zudem ist geplant im Zuge der Maßnahme die Verbindungsleitung zwischen dem Pumpwerk Birgel und dem Hochbehälter Lissendorf im Ausbaubereich zu erneuern.

Die Maßnahme wurde zwischenzeitlich öffentlich ausgeschrieben. Abgegeben wurden 5 Angebote. Nach der Angebotsauswertung ist wirtschaftlichster Anbieter die Firma Praum Tief- & Straßenbau, Bleialfer Str. 50b, 54597 Auw bei Prüm, geblieben mit einer Angebotssumme einschl. Nachlass in Höhe von 816.971,00 €, davon entfällt auf die Verbandsgemeindewerke ein Anteil in Höhe von 353.617,98 €. Alternativ wurde bei der Dimension DN 500 der Kanalrohre statt dem Kunststoffrohr ein Betonrohr zu verlegen angefragt. Bei der Beauftragung des Betonrohres ergibt sich eine Reduzierung der Auftragssumme auf 344.911,35 €.

Beschluss:

Der Werkausschuss beschließt, den Auftrag über die Erneuerung von Wasser- und Abwasserleitungen im Zuge des Ausbaus der Ortsstraßen „Römerstraße“ und „Im Langenbaar“ in Lissendorf an die mindestfordernde Firma Praum Tief- & Straßenbau, Bleialfer Str. 50b, 54597 Auw bei Prüm, auf der Grundlage des Angebots vom 31.01.2017 über eine Brutto-Angebotssumme in der Variante mit Stahlbetonrohr statt Kunststoff (DN500) in Höhe von 344.911,35 € zu erteilen.

Der Werkausschuss beschließt, den Auftrag über die Erneuerung von Wasser- und Abwasserleitungen im Zuge des Ausbaus der Ortsstraßen „Römerstraße“ und „Im Langenbaar“ in Lissendorf an die mindestfordernde Firma Praum Tief- & Straßenbau, Bleialfer Str. 50b, 54597 Auw bei Prüm, auf der Grundlage des Angebots vom 31.01.2017 über eine Brutto-Angebotssumme in der Variante mit Stahlbetonrohr statt Kunststoff (DN500) in Höhe von 344.911,35 € zu erteilen.

Auftragsvergabe zur Ergänzung von Kanal- und Wasserleitungen im Zuge der Straßenbaumaßnahmen in den Ortsstraßen "Hardtweg", "Auf dem Gärtchen" und in dem Stichweg "Bahnhofstraße" in Birgel

Sachverhalt:

Die Ortsgemeinde Birgel plant eine Teilstrecke des „Hardtweges“, „Auf dem Gärtchen“ und Stichweg „Bahnhofstraße“ auszubauen. In dem Stichweg „Bahnhofstraße“ ist eine Verlängerung der vorhandenen Kanal- und Wasserleitung um ca. 30 m notwendig. Zudem sind in den genannten Streckenabschnitten noch einige Hausanschlüsse zu verlegen.

Die Maßnahme wurde zwischenzeitlich öffentlich ausgeschrieben. Abgegeben wurden 7 Angebote. Nach der Angebotsauswertung ist wirtschaftlichster Anbieter die Firma Backes Bau- und Transporte GmbH, Auf Zimmers 17, 54589 Stadtkyll, geblieben mit einer Angebotssumme einschl. Nachlass in Höhe von 319.203,80 €, davon entfällt auf die Verbandsgemeindewerke ein Anteil in Höhe von 42.377,43 €.

Beschluss:

Der Werkausschuss beschließt, den Auftrag über die Ergänzung von Wasser- und Abwasserleitungen im Zuge der geplanten Straßenbaumaßnahmen im „Hardtweg“, „Auf dem Gärtchen“ und Stichweg „Bahnhofstraße“ in Birgel an die im Gesamtangebot mindestfordernde Firma Backes Bau- und Transporte GmbH, Auf Zimmers 17, 54589 Stadtkyll, auf der Grundlage des Angebots vom 30.01.2017 über eine anteilige Angebotssumme (brutto incl. Preisnachlass) in Höhe von 42.377,43 € zu erteilen.

Der Werkausschuss beschließt, den Auftrag über die Ergänzung von Wasser- und Abwasserleitungen im Zuge der geplanten Straßenbaumaßnahmen im „Hardtweg“, „Auf dem Gärtchen“ und Stichweg „Bahnhofstraße“ in Birgel an die im Gesamtangebot mindestfordernde Firma Backes Bau- und Transporte GmbH, Auf Zimmers 17, 54589 Stadtkyll, auf der Grundlage des Angebots vom 30.01.2017 über eine anteilige Angebotssumme (brutto incl. Preisnachlass) in Höhe von 42.377,43 € zu erteilen.